

**E 170-NR/XX. GP****Entschließung**

des Nationalrates vom 21. April 1999

betreffend Krieg am Balkan

Die Bundesregierung wird ersucht, zu den Bemühungen der Staatengemeinschaft zur Bewältigung der Kosovo-Krise weiterhin aktiv beizutragen. In diesem Zusammenhang bekräftigt der Nationalrat seine volle Unterstützung für die von Bundeskanzler und Vizekanzler im Nationalrat am 21. April 1999 abgegebenen Erklärungen einschließlich der darin enthaltenen Positionen Österreichs im Rahmen der Europäischen Union, die zu einer politischen, friedlichen Lösung der Krise führen sollen.

Die Bundesregierung wird ersucht, im Rahmen der politischen und rechtlichen Möglichkeiten Österreichs alle Kräfte einzusetzen, um die größte Not der von der Vertreibungspolitik von Slobodan Milosevic Betroffenen zu lindern und humanitäre Hilfe zu leisten und in diesem Zusammenhang die Bemühungen Österreichs, der Schweiz und Griechenlands, dem Internationalen Roten Kreuz den Zugang zum Kosovo zur Hilfeleistung für die Vertriebenen zu eröffnen, zu unterstützen. Der Nationalrat dankt der österreichischen Bevölkerung für die in eindrucksvoller Weise bewiesene Hilfsbereitschaft und Spendenbereitschaft und bittet die Österreicherinnen und Österreicher, diese Hilfsbereitschaft fortzusetzen.

Die Bundesregierung wird ersucht, im Rahmen der Europäischen Union alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um der gesamten Region, insbesondere Albanien, Mazedonien und auch der Republik Montenegro bei der Bewältigung der schweren Probleme zu helfen.